

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

15. Mai 1968 - 39 / II
Einzelpreis DM 0.75

DIE LAGE WAR NOCH NIE SO ERNST

"ES KANN KEINEN ZWEIFEL DARÜBER GEBEN, DASS DIE KRÄFTE, DIE BONN AM SONNABEND IN EIN MEER VON ROTEN FAHNEN GETAUCHT HABEN, KEINE GANZ KLEINE RADIKALE MINDERHEIT MEHR SIND, WIE ES DIE FÜHRENDEN POLITIKER IN REGIERUNG UND PARLAMENT OFT HINSTELLEN" ("RHEINISCHE POST", DÜSSELDORF, CDU-NAHESTEHEND).

AB HEUTE 10 UHR: GENERALSTREIK AN DEN UNIVERSITÄTEN

Mit einem Treffen im Henry-Ford-Bau beginnt heute, Mittwoch, um 10 Uhr der Generalstreik an der Freien und an der Technischen Universität. An der FU haben ad-hoc-Gruppen die Organisation der Streikposten übernommen. Um 15 Uhr findet im Auditorium maximum der FU ein teach-in über die Organisation des Widerstandes gegen Notstandsgesetze und -maßnahmen statt. Auf etwa 20 000 Flugblättern wird den Studenten der Sinn des Streiks erläutert. Zu dem Streik hat auch der Studentenverband deutscher Sozialschulen, der fünf Westberliner Sozialakademien mit 500 Studierenden angehören, aufgerufen.

ZAHLENMANIPULATION: MINDESTENS 80 000 IN BONN DABEI

Daß man nicht nur beim Westberliner Senat großzügig darin ist, Teilnehmerzahlen eigener Kundgebungen um das Vierfache hochzujubeln, Zahlen mißliebiger Demonstrationen hingegen so klein wie möglich anzugeben, haben am vergangenen Wochenende Teilnehmer des Sternmarsches auf Bonn sowie die Bonner Bevölkerung einsehen müssen. Die Zahl der Sternmarschierer wurde von der Polizei mit 22 000, von den Veranstaltern mit etwa 60 - 70 000 angegeben. Letztere Angabe stützt sich auf eine Polizeischätzung während der Kundgebung im Bonner Hofgarten. Drei Polizeibeamte baten darum, auf die Tribüne gelassen zu werden, um den Platz besser übersehen zu können. Die Veranstalter, die befürchteten, daß die Anwesenheit von Uniformierten auf der Tribüne von Kundgebungsteilnehmern als Provokation verstanden werden könnte, ließen die Beamten erst nach einigem Zögern hinauf. Die Schätzung der Polizisten: 60 - 70 000. Nach der Kundgebung telefonierte der Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Vack, mit dem Bonner Polizeipräsidenten, Portz. Der hielt die Schätzung seiner Beamten im Hofgarten für zu hoch, hielt dagegen die Zahl von 50 000 für realistisch. Eine offizielle Schätzung allerdings wolle er nicht abgeben, erklärte Portz, das sei nicht Aufgabe der Polizei. Eine halbe Stunde später gab Weyer die "offizielle Polizeischätzung" bekannt: 22 000. Springer-Zeitungen sowie Fernsehen hielten sich weitgehend an diese Zahl, während Bonner Zeitungen von "schätzungsweise mehr als 50 000" Menschen (so die CDU-nahestehende "Bonner Rundschau") berichteten. - EXTRA-Dienst versuchte, die Schätzungen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten zu überprüfen. Da nicht nur der Kundge-

bungsplatz, sondern auch die angrenzenden Wege und Wiesen voll Menschen waren, läßt sich die Zahl allerdings nur auf dem Hofgartenplatz selbst nachprüfen. Das Katasteramt Bonn gab uns die gewünschte Auskunft: Der Platz ist sieben Hektar und 87,78 Ar groß, also knapp 80 000 Quadratmeter. Selbst wenn man nicht die bei solchen Gelegenheiten ansonsten übliche Polizeischätzung von vier Menschen pro Quadratmeter zugrundelegt, sondern nur einen Menschen rechnet, müssen mindestens 80 000 Menschen an der Kundgebung teilgenommen haben.

Übrigens: Selbst bei mißliebigen Demonstrationen im Ausland wird die Zahl von deutschen Nachrichtendiensten mit Hilfe offizieller Polizei-Angaben willig manipuliert. Jüngstes Beispiel: Die Solidaritätsdemonstration der Pariser mit den Studenten. Während in der deutschen Presse, im Rundfunk und Fernsehen eine Zahl von 100 000 Demonstranten in der Pariser Innenstadt angegeben wird, nannte der französische Rundfunk eine Schätzung von "mindestens einer Million Menschen" als wahrscheinlich.

WESTBERLIN: NOTSTANDSMASSNAHMEN IN VORBEREITUNG

Innensenator Neubauer hat Anweisung gegeben, daß unverzüglich "geeignete" Senatsbeamte zur Ausbildung als leitende Zivilschutzkräfte dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu melden sind. Es kommen dabei vor allem Mitarbeiter aus dem ehemaligen Bereich des Senators für Gesundheitswesen und aus den Abteilungen Gesundheitswesen beider Bezirksämtern in Frage. Neubauer fordert in einem Schreiben, daß entsprechend der Wichtigkeit und der Bedeutung dieser Maßnahme die Auswahl der vorerst 20 zu benennenden Personen "äußerst gewissenhaft zu erfolgen hat". Darüber hinaus werden Leiter einzelner Senatsdienststellen beauftragt, "weibliche Dienstkräfte des Landes Berlin für die Ausbildung als Krankenpfleger in Katastrophenfällen" zu gewinnen. Die Ausbildung und alle damit zusammenhängenden Fragen fallen unter das "Dienstgeheimnis". Den Beamten und Angestellten des Senats wurde aufgegeben, keinerlei Auskünfte über die Projekte zu geben.

NACH DEM STERNMARSCH: WAHLBOYKOTT GEGEN NOTSTANDBEFÜRWORDER

Der Sternmarsch der 80 000 Notstandsgegner nach Bonn vom letzten Sonnabend wird von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung als Auftakt einer großangelegten Wahlboykott-Kampagne gegen die Befürworter der Notstandsgesetzgebung in allen Parteien angesehen. Dazu erklärte der Sprecher des Offenbacher Zentralen Ausschusses der Kampagne Dr. Andreas Buro:

"Wer durch Notstandsgesetze die rechtlichen Grundlagen für den scheinlegalen Staatsstreich schafft und die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Polizeistaat betreibt handelt anti-parlamentarisch und anti-demokratisch. Es ist der Sinn unserer Aktion, vor der Bundestagswahl 1969 breiten Wählerschichten einsichtig zu machen, daß die bestimmenden Politiker in CDU/CSU und SPD sich auf den Weg des Abbaus der Demokratie begeben haben. Die Konsequenz hieraus kann für die Bürger dieses Staates nur darin bestehen, Notstandsbefürworter bei der nächsten Bundestagswahl nicht wieder zu wählen. Es ist uns bewußt, daß eine solche Kampagne die SPD zusätzlich zu ihren bisherigen Verlusten am stärksten treffen wird, weil zu ihrer bisherigen Wählerschaft der größte Anteil der Notstandsgegner gehört. Wer aber heute noch behauptet, rechtsradikalen oder neofaschistischen Tendenzen durch Anpassungspolitik entgegenzutreten zu können, indem er ihnen durch Notstandsgesetze Vorschub leistet, hat offensichtlich weder aus der Vergangenheit noch aus den Wahlen in Baden-Württemberg gelernt. Wer heute die Außerparlamentarische Opposition nur mit Ordnungsrufen statt durch inhaltliches Eingehen auf ihre Forderungen abzuspeisen sucht, um alles beim Alten lassen zu können, wird mit der scharfen Reaktion der Opposition und gerade der Jugend zu rechnen haben.

Der Wahlboykott gegen Notstandsbefürworter wird von uns vorbereitet, wenn sich in den Parteien nicht genügend Abgeordnete finden, die die NS-Gesetze zu Fall bringen. Die von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung angekündigte Wahlboykott-Kampagne wird sich individuell gegen diejenigen Abgeordneten richten, die die NS-Gesetze befürworten oder für sie stimmen. Dem entspricht unser Slogan: Keine Stimme für Notstandsbefürworter. Wir begrüßen daher auch den Antrag auf namentliche Abstimmung im Bundestag."

GEWERKSCHAFT ÖTV: KONTAKTE ZUM FDGB GEPLANT

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Heinz Kluncker, der als erster westdeutscher Gewerkschaftsvorsitzender Verbindungen zu Gewerkschaften sozialistischer Länder aufnahm (UdSSR und CSSR), will jetzt auch Kontakte zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR. Sie sind nach Klunckers Ansicht, die er in Bonn vor Parlamentariern vertrat, "nichts Revolutionäres mehr, seit Stoph und Kiesinger sich Briefe schreiben". Es gäbe einen ganzen Katalog sozialpolitischer Fragen, die man diskutieren könne. In Arbeitgeberkreisen haben Meldungen über mögliche Kontakte zwischen west- und ostdeutschen Gewerkschaftsführern Unruhe ausgelöst: "Ein gegenseitiger sozialpolitischer Erfahrungsaustausch könnte zu einer gesellschaftspolitischen Zeitbombe werden".

BRIEFWECHSEL: STOPH WIRD AN KIESINGER SCHREIBEN

Für die nächsten Wochen wird ein neuer Brief von DDR-Ministerpräsident Willi Stoph an Bonns Kanzler Kiesinger erwartet. Wie aus Ostberlin zu erfahren ist, soll Inhalt dieses Briefes sein: Ein definitives Verhandlungsangebot über einen Gewaltverzicht zwischen beidendeutschen Staaten, Absprachen über eine Rüstungsverminderung und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Erzwungen werden soll damit eine Antwort auf das bereits im Vorjahr unterbreitete gleichartige Verhandlungsangebot, das von der Bundesregierung bisher nicht beantwortet worden ist.

BADEN-WÜRTTEMBERG: DOCH GRÖßERE WÄHLER-UMSCHICHTUNG

Erste in Bonn vorliegende Analysen des Wählerverhaltens in Baden-Württemberg lassen auf eine Wählerumschichtung schließen, die stärker als eingeschätzt war. Die NPD habe von allen anderen Parteien außer der früher aufgetretenen DFU profitiert. Die Verluste der CDU resultierten nach diesen Analysen aus einer Abwanderung von zwei Prozent an die NPD, einem Verlust von drei Prozent durch Stimmenthaltung und einem Gewinn an Stimmen aus der SPD (rund drei Prozent). Die Verluste der SPD kamen der CDU, der NPD (etwa drei Prozent) und der DL (etwa ein Prozent) zugute, Stimmverluste gab es auch durch Wahlenthaltung. Die FDP habe Stimmen an die CDU verloren, leicht von der SPD und vor allem von Jungwählern profitiert. An die NPD habe die FDP in Baden-Württemberg kaum Stimmen abgegeben.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG: MIT MENSCHENRECHTEN VEREINBAR ?

Die Jahreskonferenz der Deutschen Sektion von Amnesty International hat ihr Internationales Exekutivkomitee ersucht, durch die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg prüfen zu lassen, ob die vorliegenden Entwürfe für eine Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik mit der Europäischen Konvention der Menschenrechte vereinbar seien. Dem Präsidium der Amnesty International gehören u. a. an: Der Erzbischof von Canterbury, die Künstler Pablo Casals und Yehudi Menuhin, der italienische Sozialarbeiter Danilo Dolci, der schwedische Soziologe Gunnar Myrdal, der spanische Philosoph Salvador de Madariaga sowie der amerikanische Gewerkschaftsführer Walter Reuther.

SPRINGERS DANK AN TAXIS: "AUFRICHTIGES BEDÜRFNIS"

Das Haus Springer, vertreten durch Direktor Tamm, schrieb der Westberliner Taxi-Innung einen Dankbrief. Der Wortlaut: "Wie in vielen guten und friedlichen Tagen, so waren auch in den bösen Stunden der vergangenen Ostertage die Berliner Taxifahrer stets auf dem Posten und selbstverständlich zur Stelle, wenn sie gebraucht wurden. Als Aufruhr und Terror unseren Verlag bedrohten, als noch Tage später umfangreiche Sicherungsmaßnahmen in der Kochstraße erforderlich waren, da bedeuteten die Lichter der Taxis, die bei uns vorfuhren oder warteten, ein beruhigendes Zeichen friedlicher Geschäftigkeit. Den Taxifahrern dafür zu danken, ist mir, dem Leiter des Verlagshauses Axel Springer in Berlin, ein aufrichtiges Bedürfnis." - Vereinzelt hatten Taxifahrer die Auslieferung von Springer-Zeitungen anlässlich der Blockade des Konzerns an Ostern übernommen; vereinzelt hatten Taxifahrer auch Demonstranten verprügelt, als die Polizei nicht in ausreichender Zahl zur Stelle war, wenn sie gebraucht wurde".

AMNESTY INTERNATIONAL: DEUTSCHE GEWISSENSTÄTER BETREUEN

Die Situation in der Bundesrepublik und in Westberlin wird von "Amnesty International" zunehmend bedrückend eingeschätzt. Die Deutsche Sektion, zu deren Ehrenpräsidium das SPD-MdB Adolf Arndt, das CDU-MdB Erik Blumenfeld und das FDP-MdB William Borm sowie Prof. Max Born, der Publizist Wolfgang Leonhard, Prof. Alexander Mitscherlich und Weltkirchenpräsident Martin Niemöller gehören, beschloß auf ihrer letzten Tagung: "Seit einiger Zeit haben wir es in der ganzen Welt mit neuen Formen des politischen Protests zu tun. Unter den Betroffenen und Verhafteten gibt es sicherlich auch in der Bundesrepublik Deutschland eine große Anzahl von Gewissenstätern, die in Zukunft von Amnesty International übernommen und betreut werden. Voraussetzung einer solchen Betreuung ist es, daß das Prinzip der Gewaltlosigkeit eingehalten worden ist. Die Jahresversammlung hat mit Besorgnis von Berichten über brutale, Menschenrechte verletzende Übergriffe von Polizeibeamten und ihren Vorgesetzten in Hamburg, Berlin und anderen Städten Kenntnis genommen. Sie fordert die zuständigen Behörden auf, eine Untersuchung nicht nur gegen Demonstranten, sondern auch gegen Beschuldigte unter der Polizei unverzüglich durchzuführen."

AUKTION FÜR BEFREIUNGSFRONT: 65 KÜNSTLER STIFTETEN BILDER

65 Künstler, davon 55 aus Westberlin und 10 aus London, stellten der US-Campaign Werke zu einer Versteigerung zur Verfügung: am 18. Mai, 15 Uhr, findet in der Galerie Bel Etage, Giesebrechtstraße 13, diese Auktion statt. Der Erlös kommt der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) zugute. Ab 14 Uhr sind die Bilder zu besichtigen.

BÜRGERMEISTERAMT: WAS MACHT HEINRICH ALBERTZ ?

Aus Kreisen des Bonner SPD-Partei Vorstandes wird berichtet, daß man dort der Übernahme des Westberliner Parteivorsitzes durch Klaus Schütz mit großem Unbehagen entgegenseht. Es wurden Äußerungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner bekannt, der sich "bestätigt" sieht, weil er vor der Unfähigkeit von Klaus Schütz gewarnt hatte, als seine Kandidatur für den Posten des Regierenden Bürgermeisters aktuell wurde. "Mit Albertz wäre man doch besser gefahren", verbreitet Wehner. Allerdings sieht man auch in Bonn ein, daß "die Fehlentscheidung jetzt bis zum bitteren Ende verteidigt werden muß". Das bittere Ende: Schütz muß trotz erwiesener Unfähigkeit im Bürgermeisteramt jetzt auch zum Parteivorsitzenden gewählt werden, um eine weitere Abwertung des Amtes und damit der SPD in Westberlin zu vermeiden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aktivität des ehemaligen Bürgermeisters Heinrich Albertz, der fest entschlossen scheint, die ihm verloren gegangenen Positionen wieder aufzubauen. Ambitionen, sich in absehbarer Zeit in irgendeiner Form zu exponieren, bestehen bei ihm jedoch nicht. Andererseits halten politische Freunde von Heinrich Albertz es nicht für ausgeschlossen, daß er nur derzeit "Zünglein an der Waage" spielen wird und sich für die weitere Zukunft "bereithält", wieder eine "verantwortliche Arbeit in Berlin zu übernehmen".

RC WESTBERLIN: FOTO-SPITZEL VOR DER HAUSTÜR

Nachdem schon mehrere Besucher und Mitglieder des Republikanischen Clubs berichtet hatten, daß vor der Haustür des Clubs in der Wielandstraße immer wieder von Demonstrationen und Aktionen der APO her bereits bekannte Verfassungsschützer herumlungerten, werden jetzt auch Leute, die das Haus betreten, des öfteren fotografiert. Mehrfach war beobachtet worden, daß aus einem Fenster des gegenüberliegenden Hauses heraus Kameras auf den Club gerichtet waren; teilweise wurden aus diesem Fenster heraus auch Mitglieder beim Verlassen des Hauses mit Blitzlicht fotografiert. Am vergangenen Sonnabend zückte ein Unbekannter im Regenmantel die Kamera, als die Frau des Nervenarztes Dr. Ammon, der über den Räumen des RC seine Praxis hat, das Haus betrat. Frau Ammon forderte den Unbekannten auf, den Film herauszugeben. Der Mann lief ohne eine Erwiderung davon. Eine herbeigeholte Funkstreife erklärte Frau Ammon ebenso wie

später die Kriminalpolizei, daß es sich bei dem Fotografen "nur um einen vom SSD" handeln könne. Der Einwand, daß wohl eher der Verfassungsschutz seine Spitzel zum RC schicke, wurde als "unmöglich" bezeichnet.

STAATSANWALTSCHAFT: UNTERSUCHUNG GEGEN POLIZEIOFFIZIER EINGESTELLT

In einem Brief teilt Oberstaatsanwalt Severin, Leiter der politischen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft, jetzt dem Fernsehjournalisten Stefan Reisner mit, daß er dessen Anzeige gegen einen Polizeioffizier wegen unterlassener Hilfeleistung bei der Dutschke-raus-Kundgebung am 21. Februar zuden Akten gelegt habe. Eine Untersuchung allerdings hat nie stattgefunden. Reisner hatte den Beamten mit der Nummer 68 464 noch vor Beginn der Kundgebung gebeten, einige Dutzend Beamte in die Demonstrantengruppen an der Belziger Straße zu schicken, weil dort gerade der "Zeit"-Korrespondent Kai Herrmann und andere Journalisten sowie als Studenten verdächtige Mitdemonstranten verprügelt worden waren. Der Offizier lehnte rundweg ab. Als ihm die Prügelszenen um Kai Herrmann geschildert wurden, war seine Reaktion, daß er das denn wohl auch verdient habe. Die Meldung weiterzuleiten, war er nicht bereit. Die Staatsanwaltschaft dazu: "Soweit Sie unterlassene Hilfeleistung behaupten, hat der von Ihnen beschuldigte Polizeibeamte ausgesagt, daß für ihn zu irgendwelchen Maßnahmen deshalb kein Anlaß bestand, weil nach seiner Kenntnis im gesamten Veranstaltungsraum Polizeikräfte eingesetzt waren, so daß für ihn nicht die Notwendigkeit erkennbar wurde, den ihm zugewiesenen Aufgabenbereich zu verlassen." Eben darauf, daß nirgends im Veranstaltungsraum Polizeibeamte eingesetzt waren, hatte ihn aber Reisner aufmerksam gemacht. Der Journalist wurde ebensowenig vom Staatsanwalt verhört wie der von ihm genannte Zeuge, EXTRA-Dienst-Redakteur Buchholz. Allein die Schutzbehauptungen des Beamten genügten, das Verfahren einzustellen. Severin schreibt auch: "Hinsichtlich Ihres Vorwurfes der Körperverletzung zum Nachteil verschiedener Journalisten haben die Ermittlungen nicht zur Identifizierung der Täter geführt." Das war allerdings kaum möglich, da sich Beamte immer wieder weigerten, Personalien von Schlägern aufzunehmen. Im Falle Kai Herrmann war es der Polizeioffizier mit der Nummer 70 354. Dieser Beamte hatte sich außerdem ebenfalls geweigert, auf Bitten von Journalisten ein paar Polizisten als beruhigendes Element in die Demonstration zu schicken (siehe auch EXTRA-Report 16/II).

NPD WESTBERLIN: MUTMASSUNGEN ÜBER DDR-INFORMATIONEN

Wie im EXTRA-Dienst bereits berichtet, haben zahlreiche NPD-Mitglieder wegen der Durchreise-Verordnung des DDR-Innenministeriums für NPD-Mitglieder ihren Austritt aus der Partei erklärt (EXTRA-Dienst 37/II). Auch Adolf Lotz, Mitglied des Gründungsausschusses der Westberliner NPD, hat seinen Austritt aus der Partei bekanntgegeben. Begründung: "Wir wollen keine geschäftlichen Nachteile". Auch die Neuaufnahmen seien trotz wachsender Sympathie für die Partei zurückgegangen, wird in der NPD-Landesleitung bedauert. In Kreisen des NPD-Landesvorstandes wurde in diesem Zusammenhang intensiv die Frage diskutiert, woher die DDR-Organen ihr Wissen über die NPD-Mitgliederlisten in der Bundesrepublik und in Westberlin haben. Diese Frage wurde einmütig beantwortet: Die Informationen könnten nur vom Landesamt für Verfassungsschutz kommen.

NPD BADEN-WÜRTTEMBERG: BERICHTE VOM VERFASSUNGSSCHUTZ

Baden-Württembergs NPD hat ab sofort vollen Zugang zu den Informationen des Stuttgarter Landesamtes für Verfassungsschutz. Das ergibt sich aus der Geschäftsordnung des Landtages, nach der dem "Ständigen Ausschuß" des Landtages die Verfassungsschutzberichte vorgetragen werden müssen. Im "Ständigen Ausschuß" sitzt auch ein Abgeordneter der NPD.

BUNDESTAGSWAHL: WAHLBÜNDNIS DER KLEINPARTEIEN

Am 22. Juni 1968 wollen sich in Hannover oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen zu einem - vorerst unverbindlichen - Meinungsaustausch über den Abschluß eines Wahlbünd-

nisses zur Bundestagswahl 1969 treffen. Zugesagt haben auch Vertreter der "Freisozialen Union" (FSU), der "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) und der "Deutschen Friedensunion" (DFU). Wie bekannt wird, wollen Westberliner Vertreter dieser Gruppen ebenfalls an diesem Treffen teilnehmen.

BOCHUM: KRITISCHE UNIVERSITÄT IN VORBEREITUNG

Nach dem Vorbild Westberlins, Münchens und Hamburgs soll an der Ruhr-Universität in Bochum eine Kritische Universität gegründet werden. Vorbereitende Seminare, an denen über 400 Studenten teilnahmen, haben die Arbeit aufgenommen. Kernstück der Bochumer KU: Die Auseinandersetzung mit der Pressekonzentration. Einer Vollversammlung wurde als erstes Arbeitsergebnis eine 76seitige Analyse der Springer-Blätter vorgelegt. Die Bochumer Studenten kamen, analog dem Springer-Arbeitskreis im Republikanischen Club Westberlin, zum Ergebnis, daß nach einer Entflechtung der Pressemonopole Anzeigengenossenschaften und Auflagenbeschränkungen gesetzlich verankert werden müßten; Herstellung und Vertrieb sollten, aus Gründen der Rentabilität, dagegen zentralisiert werden. - Über die Ergebnisse ihrer Arbeit wollen die Bochumer KU-Studenten in den nächsten Wochen in Flugblättern berichten, die vor Fabrikatoren und auf Wochenmärkten verteilt werden sollen.

BEZIRKSAMT KREUZBERG: VIETNAM-DEMONSTRATION WAR LEGITIM

In einem dreiseitigen Gutachten nimmt das Bezirksamt Kreuzberg zur "beamtenrechtlichen Beurteilung der Teilnahme an der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar 1968" Stellung und erklärt, daß Konsequenzen aus der Teilnahme von Beamten an dieser - vom Verwaltungsgericht Westberlin genehmigten - Demonstration nicht gezogen werden könnten. Die Veranstalter der Demonstration, der LSD und die ESG, seien "bisher nicht als Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Erscheinung getreten. Sie haben sich vielmehr im Gegenteil wiederholt sogar für Verbesserungen und die Abstellung von Mängeln eingesetzt." Die Pflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung im Sinne von § 19 des Landesbeamtengesetzes kann, so heißt es in dem von Bezirksbürgermeister Abendroth (SPD) unterzeichneten Gutachten, nur ein Verbot "extremer politischer Betätigung" beinhalten: "Eine solche extreme politische Betätigung ist aber in der bloßen Teilnahme an der Demonstration nicht zu sehen."

ZITAT DER WOCHE

Auf einer NPD-Veranstaltung am vergangenen Freitag in der Steglitzer Beethoven-Schule griff das Mitglied des NPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Busse, Franz-Josef Strauß und die CSU an. Vor etwa 120 Veranstaltungsteilnehmern sagte Busse: "Verstärkt wird der Ruf laut, wir seien Neonazis. Liebe Zuhörer, wir Nationaldemokraten sind weder extrem noch sind wir radikal. Ich glaube, bisher ist man uns den Beweis schuldig geblieben von seiten der Herren Innenminister und Innensenatoren, was überhaupt rechtsradikal ist. Rechtsradikal ist derjenige Verteidigungsminister, der Milliarden Mark für die Bundeswehr ausgegeben hat, um sich später im Bundestag hinstellen zu müssen, diese Bundeswehr sei bedingt einsatzbereit. Rechtsradikal ist der Finanzminister, der als Verteidigungsminister einmal Rußland ausradieren wollte!" - Die Versammlung war gegen den Willen des Schuldirektors vom Bezirksamt durch Volksbildungsrat Schröter genehmigt worden.

HINWEISE DER REDAKTION

FREITAG, 17. Mai, 22.45 Uhr, zeigen die Freunde der Kinemathek im Bellevue-Kino am Hansaplatz den sowjetischen Film "Arsenal" (1928) über den Januaraufstand 1918 in Kiew. Regie: Alexander Dowshenko.

EVANGELISCHE KIRCHE IM ZWIESPALT ist der Titel einer Diskussion des Bezirksamtes Schöneberg am Mittwoch, 15. Mai, 20 Uhr im Jugendhaus "Weiße Rose", Wartburgplatz. Es diskutieren die Pfarrer an der Königin-Luise- und an der Gedächtniskirche, Franz und Pohl, mit Harry Ristock (SPD) und Jürgen Wohlrabe (CDU).

BONNER HOLT DIE KINDER REIN / VON MARTIN BUCHHOLZ

Es war nicht zwölf Uhr mittags, sondern acht Uhr früh. Doch der Sheriff des kleinen Städtchens unten im Westen wußte Bescheid: Sie würden kommen. Und die braven Bürger, von denen viele nur vorsichtig die Gardine zur Seite schoben, waren ebenfalls gewarnt. "An alle Haushaltungen" war per Postwurfsendung schon einen Tag zuvor der Ruf ergangen: "Wer morgen aufpaßt, parkt seinen Wagen nicht in den Straßen, schützt seine Fenster, hält sich und seine Kinder fern..." Die gefährlichen Burschen würden mit dem Zug aus Richtung Osten kommen. Das hatten die Bürger in ihrer Zeitung gelesen. Und ihre Angst wuchs: Aus dieser Richtung war nur das Schlimmste zu erwarten. Aber ein Mann unter ihnen war unerschrocken genug, der Gefahr mutig ins Auge zu blicken: Der Sheriff...

Er wartete schon am Bahnhof als der Zug kam: Willy Weyer, für einen Tag aktiver Sheriff im Bundesdorf, hatte für die Panikmache der CDU und der Jungen Union, die in zehntausenden von Postwurfsendungen blanke Angst erzeugt hatte, nur ein kaltes Frank-S-Thorn-Lächeln. Als bei der Ankunft des Berliner Sonderzuges ein Grenzschutz-Hubschrauber auf Geheiß des Bundesinnenministeriums über dem Bahnhof kreiste, zürnte Weyer gegenüber Journalisten: "Er hat hier nichts zu suchen. Das empfinde ich als Provokation." Er werde sofort Protest bei Benda einlegen. Viele Bonner aber empfanden diese Luftüberwachung als sehr notwendig: Hatten sie doch in ihren Zeitungen gelesen, daß der Sonderzug aus Ostberlin käme. Folglich mußten auch jene 723 Rote-Fahnen-Träger, die dem Zug entstiegen, "aus der Zone" sein. Geschulte Umstürzler also unter Ulbricht-Kommando. Manch einer wurde denn aber doch skeptisch, als er entsprechende Selbstbezeichnungen gleich chorweise zu Ohren bekam: "Wir sind alle aus dem Osten, Ulbricht zahlt für uns die Kosten." Eine Hausfrau pirschte sich auf dem Bahnhofsvorplatz vorsichtig an einen Bärtigen heran: "Stimmt denn das wirklich, daß ihr von drüben geschickt werdet." Sein Gelächter nahm sie ebenso erleichtert wie verwundert hin. Entsprechende Fragen wurden an diesem Tag oft gestellt: Das bewußt erzeugte Mißverständnis, daß ein aus Ostberlin abfahrender Zug randvoll mit DDR-Kompanien sein müsse, ließ sich nur mühselig aus dem Bundesdorf schaffen. Daß jeder Zug aus Berlin in Friedrichstraße abfährt und der DDR-"Reichsbahn" gehört, hielten aufgeklärte "Bild"-Leser für eine Zwecklüge. "Ihr könnt uns viel erzählen. Das hätte dann ja auch in der Zeitung gestanden."

Die Angst-Parolen der Jungen Union verloren allerdings schnell an Wirkung, wenn die Demonstranten sie ironisierten: "Bonner, holt die Kinder rein, jeder Linke ist ein Schwein." Oder: "Mädchen, schnell in eure Stuben, unten sind die roten Buben."

Die "roten Buben" aus Berlin hatten selbst den Veranstaltern des Sternmarsches Angst gemacht. Wollte man sie ursprünglich von der Vorgebirgsstraße aus in der Nähe der stacheldrahtbewehrten Bannmeile zur Kundgebung marschieren lassen, gab man ihnen lieber eine andere Route vom Beueler Rheinufer aus über die Kennedy-Brücke. Etwa 3000 Westberliner, der größte Teil war mit Privatautos und Bussen gekommen, marschierten auf Bonn. Allerdings nicht als geschlossener Block. Man wollte seine Demonstrationserfahrungen auch anderen Gruppen vermitteln. So reihte man sich jeweils dutzendweise in andere Gruppen ein und brachte sie rhythmisch auf Trab. Die meisten Sprechchöre varieties unverkennbar Berliner Herkunft. Teils waren es Geistesprodukte einer langen Nacht auf ost- und westdeutschen Schienen, teils nur leicht für den Bonner Gebrauch abgewandelte Parolen, die man schon von heimischen Aktionen her kannte.

Aus Westberlin hatte man auch revolutionäre Disziplin mitgebracht. Westdeutsche Journalisten wußten sie besser zu würdigen als ihre Frontstadt-Kollegen. So der Kölner "Express:" "Erste Schlägerei in der Maxstraße. Sieben angetrunkene Bonner schlugen wahllos auf die Gruppen der Demonstranten ein. Der studentische Ordnerdienst riegelt die Schläger ab und fordert zum Weitergehen auf." In Westberlin wären diese betrunkenen Schläger "Gegendemonstranten" oder "Andersdenkende" gewesen. Zu weiteren Zwischenfällen kam es nicht. Nur ab und zu schimpften ältere Bürger vom Fenster herunter, allerdings weniger auf die jugendlichen Demonstranten mit roten Fahnen, sondern auf ehe-

malige KZ-Häftlinge in Buchenwald-Anzügen, die den Zügen vorangingen. "Die hätte man damals gleich vergasen sollen", brüllt eine Frau vom Balkon herab. Die meisten aber sind betroffen und schweigen. So, wie sie schon immer geschwiegen haben.

Einer, der zu seinen Lebzeiten nicht geschwiegen hatte und seine Begeisterung für Revolutionäre gleich in Symphonien umsetzte, hielt eisern die Faust hin, als man ihm eine rote Fahne überreichte. Daraus wurde für die "Rundschau am Sonntag" (CDU) ein drei Balken dicker Aufmacher: "Die rote Fahne in Beethovens rechter Faust". Ein taktischer Fehler, die rechte zu nehmen? Heute müßte Beethoven seine Fünfte mit anderem Auftakt schreiben - im Rhythmus "No-No-Notstand-No!" Mit diesen Schlägen pochte das Schicksal an die Bonner Bundeshaustür... Das Finale fand denn auch in der Beethovenhalle statt: Ein teach-in des SDS. Halle und Foyer waren schließlich so überfüllt, daß als Sammel- und Treffpunkt verschiedener Gruppen, die über das Mikrofon zur Heimfahrt riefen, nur noch die Herrentoilette zur Verfügung stand.

Um 22 Uhr schraubte der Hausmeister die Sicherungen heraus: Die Revolution sollte sich verdrücken. Eine Stunde später, als etwa 2000 Demonstranten nach Bad Godesberg zogen, um vor der französischen Botschaft Solidarität mit den französischen Kommilitonen zu bekunden, mußten die Westberliner in ihrem Sonderzug die Türen schließen. Bis Helmstedt hatte die Bundesbahn sogar kostenlos einen Extra-Wagen zur Verfügung gestellt. Dieser Anhänger war allerdings auch nötig, denn auf der Rückfahrt war mancher dabei, der nur eine Bahnsteigkarte in der Tasche hatte. Kontrolliert wurden nur die Ausweise - und auch das recht hastig, sowohl in Ost als in West. Auf der Hinfahrt wollten die Helmstedter zwei Ausländer zurückhalten, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen war. Als die übrigen Zuginsassen daraufhin aus den Abteilen kletterten, um ein sit-in auf dem Bahnhof zu veranstalten, gab man den Ausländern schnell den nötigen Stempel. "Haut bloß schnell ab", stöhnte einer der zahlreich versammelten Verfassungsschützer, die mit hochgeschlagenen Mantelkrägen im Halbdunkel bibberten.

Auch in der DDR waren die Kontrollen nicht übermäßig gründlich: Mindestens zwei der Revolutions-Reisenden hatten keine Ausweise dabei. Die Grenzer übten private Solidarität und übersahen das. Dafür veranstaltete man für sie auf dem Bahnsteig in Griebnitzsee ein teach-in in sozialistischer Demokratie. Das Modell einer Rätedemokratie dagegen, das man während der Fahrt zu praktizieren versuchte, scheiterte an räumlicher und akustischer Beschränkung. Die einzelnen Abteile hatten Delegierte gewählt, die im Zugkomitee (ZK) zwar keinen Sitz, dafür aber Stimme hatten. Da es aber bei einer Abstimmung über eine eventuelle Aktion im Maison de France nach der Ankunft unmöglich war, die Stimmen auszuzählen, entschied man sich für die Vollversammlung auf dem Bahnsteig. Verdient noch als letztes für die Revolutions-Historie jene Dampflok mit der Nummer 3214 erwähnt zu werden, die die elf mit roten Fahnen geschmückten Waggonen als Triumphzug durch Westberlin hindurchschnaufte. Die Demonstranten taufte sie schlicht auf den Namen "Aurora"...

Dennoch: Das Signal dieser "Aurora" bei der Einfahrt in Bonn hatte die Bundesbürger umsonst beunruhigt. Der Sturm auf das Bundespalais war nicht geplant und fand nicht statt. Ob Notstandsminister Benda dennoch beruhigt schlafen kann, ist die Frage. Vielleicht klingt ihm der Abschiedsgruß der "Berliner Ferienkinder" noch in den Ohren: "Beeendaa, wir koommen wiieder!"

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 15. Mai, 20 Uhr: Peter Menke-Glückert von der OECD in Paris spricht zum Thema "Marxismus und Technik".

FREITAG, 17. Mai, 20 Uhr: Im RC stellen sich die neuen Kandidaten für den Vorstand des RC vor. Der neue Vorstand des RC wird am 25. Mai, 15 Uhr, im Rahmen der 2. Ordentlichen Mitgliederversammlung des RC gewählt.

SCHEITERN DIE GEWERKSCHAFTEN IM BETRIEB? Das ist der Titel einer Broschüre des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises im Republikanischen Club, die ab sofort in der Bücherstube des RC (Telefon 883 54 33) zu erhalten ist.

NO - NO - NOTSTAND - NO!

Die von einem Kommentator des ZDF aufgestellte Behauptung, der Marsch auf Bonn sei eine triste, farb- und witzlose Angelegenheit gewesen, wäre schnell widerlegt worden, wenn man die Demonstration in Farbe übertragen und die Mikrophone für die Sprechchöre der Marschierer freigegeben hätte. EXTRA-Dienst bringt nachstehend eine Auslese der gereimten und ungereimten Losungen, die während des Sternmarsches in Bonn und während der Fahrt des Westberliner Sonderzuges zu hören waren:

AUF DER FAHRT NACH BONN:

"Mit Wasserdampf zum Klassenkampf!" - "Vivat Dubcek!" (während der Abfertigung im DDR-Kontrollpunkt Griebnitzsee) - "Wir sind die Demokraten und planen unsere Taten für Bonn!" (Nach der Melodie der "Moorsoldaten")

EINFAHRT IN BONN:

"Bendaa, wir kooommen!" - "Wir sind die Berliner Ferienkinder! Ha! Ha! Ha!" - "Wir sind alle ferngesteuert, Ulbricht hat uns angeheuert!"

AUF DEM MARSCH DURCH BONN:

"No-No-Notstand-No!" - "Notstand, das ist ungeheuer: erstens Scheiße, zweitens teuer!"
"Gott erhalte Benda, aber möglichst bald!" - "Brecht die Notstandsgräten, alle Macht den Räten!" "Wir drehen Benda durch den Wolf und spielen mit den Knödeln Golf!" - "Warte, warte noch ein Weilchen, dann kommt Benda auch zu dir, mit dem kleinen Notstandsbeilchen und macht Hackefleisch aus dir!" - "Kiesinger, der Gauner, ist ein alter Brauner!" - "Landesväter, Volksverräter!" - "Dieser Kanzler gehört ins Café Kranzler!" - "Notstands-Benda - Grundrecht-Schänder!" - "SPD und CDU, laßt das Grundgesetz in Ruh!" - "Benda mit dem Notstandsknüppel haut das Grundgesetz zum Krüppel!" - "Bürger, runter vom Balkon, unterstützt den Marsch auf Bonn!" - "Lüftet Euren faulen Arsch, reiht Euch ein in diesen Marsch!" - "Wir sind alle ungewaschen. Unsre Füße stinken, die rechten und die linken!" - "Notstand, Notstand über alles..." (auf die Melodie des Deutschlandliedes) - "Einigkeit und Recht und Freiheit und die Pflicht zum Widerstand, danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand..." (nach der dritten Strophe des Deutschlandliedes) - "Strauß und Benda sind sehr fleißig für ein neues Dreiunddreißig!"

STERNMARSCH-BERICHTE: NACHRICHTEN UNTERDRÜCKT UND VERFÄLSCHT

Die Berichterstattung zahlreicher westdeutscher und Westberliner Zeitungen über den Sternmarsch ist mit dem Ausdruck "Manipulation" nicht mehr zu treffen. Nachrichtenunterdrückung, Fälschung und Lüge kennzeichnen zahlreiche Berichte: Beispiele:

1. Die Tatsache, daß auf der Schlußkundgebung im Bonner Hofgarten zwei Vorstandsmitglieder von dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften sprachen - nämlich Vitt (IG Chemie) und Benz (IG Metall) - wurde in keiner Westberliner und keiner uns vorliegenden westdeutschen Zeitung am Sonntag oder Montag erwähnt; lediglich die "Frankfurter Rundschau" sprach von "gewerkschaftlichen Sprechern". In den sonst vollständigen Redneraufzählungen der "Welt", des "Tagesspiegel" oder der "FAZ" fehlen die DGB-Sprecher.
2. Die Tatsache, daß unter den rund 800 Transparenten ein knappes halbes Dutzend für die Wiederezulassung der KPD eintrat, wird in der CDU-"Bonner Rundschau am Sonntag" korrekt wiedergegeben, in den meisten anderer Zeitungen gar nicht erwähnt - das Verhältnis 794:6 war ja zu offensichtlich. Springers "Welt am Sonntag" aber lügt frech: "Unter den Transparenten überwog die Forderung nach Wiederezulassung der KPD".
3. Die Tatsache, daß der Reichsbahn-Sonderzug mit 723 Notstandsgegnern aus Westberlin von Samstagmorgen bis Samstagabend in Bonn stehenblieb, wird in Springer-Blättern kleinkariert genutzt. "Zug landete auf dem Abstellgleis", schreibt die "WamS" in einer Überschrift, "Bild" erwähnt ein "Abstellgleis" im Text. Richtig ist dagegen, daß der Sonderzug in Bonn wie alle in Bonn endenden Züge auf Gleis 4 einlief - die Gleise 1 bis 3 des vier Gleise aufweisenden Bonner Bahnhofes sind allein für den Durchgangsverkehr bestimmt.
4. Die Tatsache, daß die Bonner Bevölkerung durch Flugblätter der CDU und der Jungen

Union tagelang behämmert wurde, am Sonnabend wegen des zu erwartenden studentischen "Terrors" die Straßen zu meiden, wurde in keiner Westberliner Zeitung und nur in einer einzigen lokalen Zeitung erwähnt: dem Köln-Bonner Boulevardblatt "Express".

WOCHE DER HÖFLICHKEIT

"ACHTUNG! Wir teilen den Benutzern dieses Sonderzuges mit, daß die Rückfahrt ab Bonn in der Nacht Sa/So 11./12. Mai bereits um 23. 02 und nicht erst um 1. 20 Uhr erfolgt. Der Zug wird voraussichtlich zehn Minuten vor Abfahrt in Bonn am Bahnsteig zum Einsteigen bereitgestellt. Wir nehmen an, daß die von uns vorgesehene Abfahrtszeit um 23. 02 Ihren Wünschen entspricht, da es für Sie angenehmer ist, nicht erst nach Mitternacht die Rückfahrt anzutreten." (Gedruckter Hinweis der Deutschen Bundesbahn für die Benutzer des Sonderzuges Berlin-Bonn)

"Die Bonner Polizei bemüht sich, Ihren Sternmarsch und die Kundgebung so reibungslos wie möglich abzuwickeln. Erleichtern Sie bitte die Arbeit der eingesetzten Polizeibeamten! Wir schützen Ihre Demonstration! Ihre Bonner Polizei." (Gedruckter Hinweis der Polizei für Sternmarsch-Demonstranten)

HINWEISE DER REDAKTION

DAS REICHSKABARETT in Westberlin hat mit seinem neuen Programm "Der Guerilla läßt grüßen" Premiere am Mittwoch, 15. Mai, 20 Uhr. Die Texte des neuen Programms haben Volker Ludwig, Volker Kühn, Dieter Kursawe und Detlev Michel geschrieben. Regie führt Volker Kühn, die Musik schrieb Horst A. Hass, das Bühnenbild stammt von Rainer Hachfeld. Im Programm wirken mit: Renate Küster, Joachim Kemmer, Dieter Kursawe und Wolfgang Wiehe. Einen Hinweis auf das Programm liefert das Reichskabarett in einer "PS"-Notiz auf der Einladung: "Sie meinen doch auch, daß der US-Einsatz in Vietnam eine tragische Verstrickung, der Einwurf einer Fensterscheibe dagegen brutaler Terror ist? Na also! Dann stellen Sie doch endlich Ihr Gepöbel gegen das Verlags- haus Springer ein!"

GALERIE BILD in Berlin 21, Stromstraße 5, eröffnet am 27. Mai eine Ausstellung über "Vietnam - Bilder, Fotos, Texte".

DIE WAHRHEIT ÜBER KIESINGER, eine Broschüre des Jüdischen Arbeitskreises für Politik, kann über das Auslieferungslager des JAP, Telefon Westberlin 24 44 72, bezogen werden.

DAS AKTIONSKOMITEE "Sternmarsch nach Bonn" hat im Zusammenhang mit der Miete eines Sonderzuges noch ein erhebliches Defizit (rund 1500 DM) und bittet um Spenden auf das Postscheckkonto Berlin West, 2044 97 (Klaus Dieter Heiser, Kennwort "11. Mai").

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs- gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: